



Liebe Leserinnen und Leser des Kiebitzes,

Alle Jahre wieder steht er auf der Agenda der Politik – der Haushaltsplan. Viele Zahlen, viele Daten, über 335 Seiten, ein mühevolltes Werk. Und doch ist es das entscheidende Instrument, mit dem die Gemeinde gesteuert wird. Im Haushaltsplan sind die Erträge und Aufwendungen, mit denen die gemeindlichen Aufgaben erfüllt werden, und auch die Investitionen abgebildet.

Wenig Freiheiten

Leider ist es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, dieses Instrument einzusetzen. Denn gerade mal über 2 % der Ausgaben kann die Gemeinde noch frei verfügen, trotz aller Sparanstrengungen in den letzten Jahren. Wir möchten in diesem Kiebitz über die wichtigsten Daten und Fakten und unsere Anträge zum Haushalt informieren.

Zukunft für Metelens Schulen

Außerdem zeigt der Bericht aus dem Arbeitskreis Droste-Hülshoff-Schule, dass die Anstrengungen für den Erhalt auf Hochtouren laufen. Dies wird auch deutlich im Interview mit dem neugewählten Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Jürgen Schmitter.

Ehrenamt für alle

Werben möchten wir besonders für den Bürgerbus. Diese sinnvolle Einrichtung kann nur dann verwirklicht werden, wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Viel Spaß beim Lesen der Ausgabe wünscht

Ihr

Metelener Kiebitz



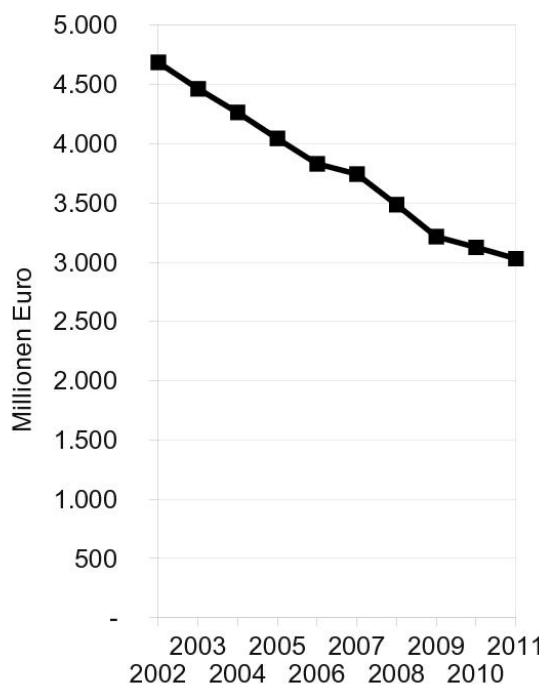
METELENS KASSEN: LEERER ALS LEER

Der Haushaltsplan für das Jahr 2011 enthält viele Daten und Zahlen. Im Folgenden haben wir einige wichtige Trends und Entwicklungen dargestellt. Unter dem Strich steht im Haushaltsplan ein gewaltiges Defizit von 1,4 Millionen Euro, das Metelen zu stemmen hat. Während bei den laufenden Erträgen und Aufwendungen ein dickes Loch klafft,

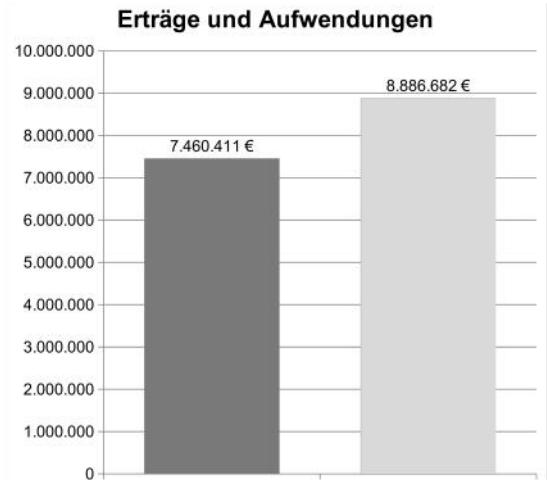
ist es Metelen allerdings gelungen, die Kredite in den letzten Jahren deutlich abzubauen: Die Schulden sind weniger geworden.

In 2011 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 189.000 € für die Sanierung der Sporthalle eingeplant, die aber wohl erst 2012 tatsächlich verwendet wird. Bei den Einnahmen sind natürlich die Steuern von besonderer Bedeutung.

Weitere den Kommunen zustehende Mittel aus dem Steuerverbund werden über die Schlüsselzuweisungen vom Land an die Kommunen gegeben. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen richtet sich nach der Differenz zwischen dem statistisch ermittelten Finanzbedarf und der eigenen Steuerkraft. Da die Differenz



Weniger Schulden: Metelens Schulden konnten in den letzten Jahren deutlich reduziert werden



Metelener Haushalt: Zwischen Erträgen und Aufwendungen klafft eine Finanzierungslücke von ca. 1,4 Millionen Euro.

weiter auf der nächsten Seite

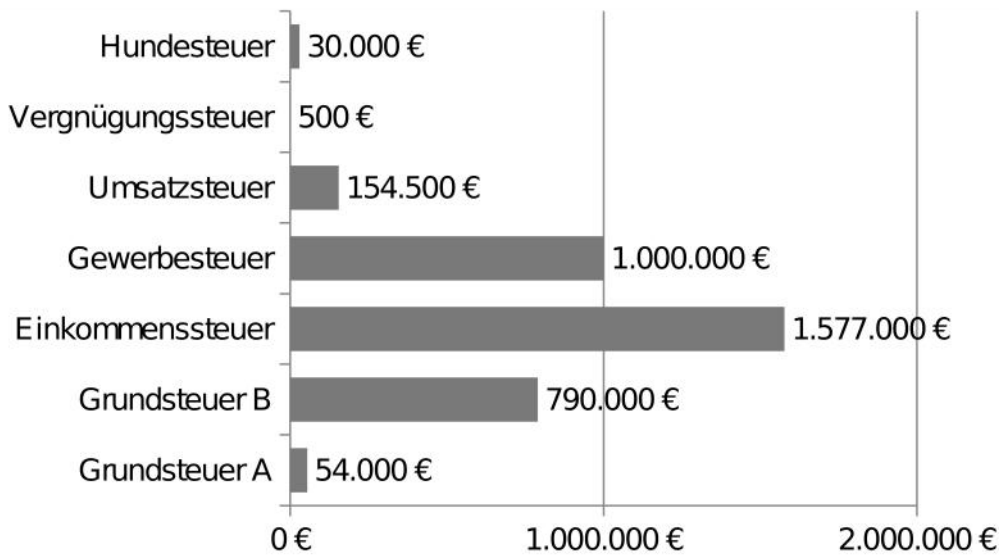
Fortsetzung von Seite 1

deutlich höher ist als die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel, wird der Finanzbedarf nur zu einem Teil wirklich gedeckt.

Während die Schlüsselzuweisungen also deutlich gesunken sind, steigt die Umlage an den Kreis Steinfurt seit Jahren deutlich an. Der Kreis finanziert mit den Geldern Kreisstraßen, Radwege, soziale Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch und das Jugendamt, aber auch den Flughafen FMO.

Deutlich rückläufig ist seit Jahren die Zahl der bei der Gemeinde Metelen beschäftigten Personen. Sie sank seit 1994 von 38 auf 29 Stellen.

Sparsam zeigt sich die Gemeinde beim Energieverbrauch. Seit 2005 ist der Gasverbrauch von 2.914.000 kWh auf 1.334.000 kWh gesunken. Einsparungen konnten auch beim Stromverbrauch verzeichnet werden: Die-



Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer sind die Haupteinnahmequellen für Metelen

2009	2010	2011
2.049.000 €	2.045.750 €	1.449.000 €

Die Schlüsselzuweisungen des Landes sind deutlich gesunken.

ser ging von 367.000 kWh auf 185.000 kWh zurück.

Für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sind in 2011 189.400 € eingeplant. Bei den Investitionen für die Sanierung der Leichenhalle und der Abschiedsräume am neuen Friedhof wurde der Ansatz auf Antrag der Metelener SPD von 212.000 € auf 180.000 € gesenkt.

Für die Sanierung der Sporthalle sind in 2011 und 2012 1,3 Millionen Euro eingestellt. Diese Mittel finanzieren sich aus angesparten Mitteln aus der Sportpauschale, der Schulpauschale und der Investitionspauschale. 370.000 € sind aus Kreditaufnahmen vorgesehen. Die

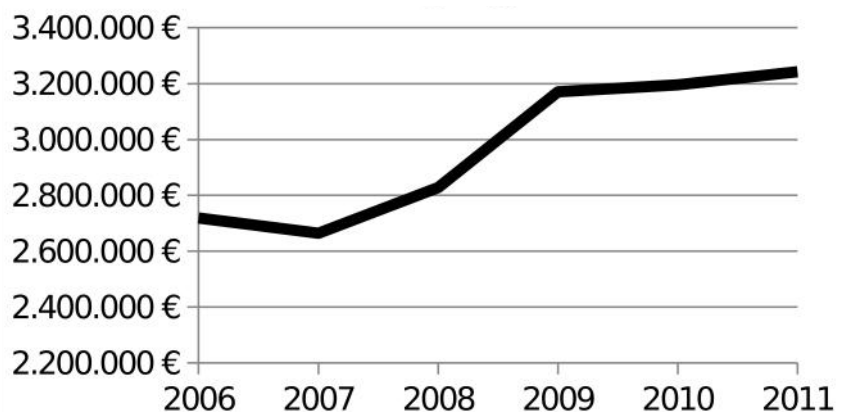
Metelener SPD hat daher einen mit den Nutzern abgestimmten verbindlichen Zeitplan eingefordert, der den Abschluss der Sanierung in 2012 sicherstellt.

Jährlich 100.000 € sollen in den nächsten Jahren für die Sanierung der Wirtschaftswege bereit gestellt werden. 70.000 € sollen dafür jährlich durch Anliegerbeiträge aufgebracht werden. 25.000 € in 2011 und 76.000 € in 2012 beträgt der Anteil, den die Gemeinde für den Ausbau des Langenhorster

Damms nebst Radweg zur Verfügung stellt.

Und auch für die nähere Zukunft gibt es bereits Planungen: Für 2013 ist der Bau eines Kunstrasenplatzes und in 2014 die Sanierung des Bahnhofsgebäudes Metelen Land vorgesehen.

Die Kreisumlage ist deutlich gestiegen – eine spürbare Belastung für die Gemeindekassen.



ALLEINE SCHAFFEN DIE GEMEINDEN ES NICHT



Andreas Sievert, SPD-Fraktionsvorsitzender

In seiner Haushaltsrede forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Sievert im Besonderen eine Neuregelung der Verteilung der Gelder aus dem Steuerverbund: „Nach der jetzigen Systematik bleiben für Metelen von einem Zuwachs bei den Gewerbesteuern in Höhe von 100 € gerade mal 5 € übrig. Den Großteil – 95 Euro des Einnahmeplus – müssen wir an den Finanzausgleich und an den Kreis weiterreichen.“ Zudem könne die Vechtegemeinde gerade mal noch über

2 % der Einnahmen frei verfügen. Der Rest gehe an den Kreis oder sei durch Pflichtausgaben belegt.

Metelen leide zudem an der allgemeinen Überfrachtung der kommunalen Haushalte mit den sozialen Kosten. In Nordrhein-Westfalen sind die von den Kommunen zu tragenden Sozialausgaben von 8 auf 12 Milliarden Euro gestiegen. Im Besonderen die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit wachsen jährlich um 20 %. Dass allerdings die Renten in immer größerer Zahl unterhalb des Existenzminimums liegen und aufgestockt werden müssen, sei eine gesamtstaatliche Herausforderung und keine kommunale Aufgabe, so Sievert. Zudem sei gerade im sozialen Bereich eine effektivere Verwendung der Gelder angezeigt. Sievert rief alle Parteien dazu auf, sich gemeinsam bei Bund und Land für eine gerechte Finanzausstattung einzusetzen: „Parteitaktische Hahnenkämpfe bringen uns nicht weiter. Sie nützen nur den Parteistrategen in den oberen Char-

Ergänzend zu dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplan stellte die Metelener SPD die folgenden Anträge:

- Der Rat legt für die Sanierung der Sporthalle bis zum 30.04.2011 einen verbindlichen Fahrplan fest.
- Die Verwaltung erstellt einen jährlichen Bautenstandsbericht, in dem insbesondere der Sanierungsbedarf der gemeindeeigenen Gebäude dokumentiert wird. Das Berichtswesen sollte sukzessive ausgebaut werden und auch die energetischen Aspekte umfassen.
- Der Gemeinderat unterstützt die Einrichtung eines Bürgerbusses.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die interkommunale Zusammenarbeit zu erstellen. Dabei erkennt die SPD-Fraktion ausdrücklich an, dass in einigen Teilbereichen die interkommunale Zusammenarbeit bereits erfolgreich initiiert wurde. Allerdings fehlt es weiterhin an einer systematischen und vollständigen Analyse über alle Aufgaben der Gemeinde hinweg, inwieweit diese mit anderen Kommunen kostengünstiger und effizienter betrieben werden können.
- Der Ansatz für die Sanierung der Abschiedsräume und der Leichenhalle am Friedhof wird auf 180.000 € herabgesetzt.

Impressum

Der Metelener Kiebitz ist die Zeitung des SPD-Ortsvereins Metelen. V. i. S. d. P.: Dr. Jürgen Schmitter (Vorsitzender der SPD in Metelen). Weitere Redaktion: Jürgen Pohlmann, Andreas Sievert. Kontakt: Neustraße 19, 48629 Metelen, Tel. 02556/7210, Fax 02556/7200, E-Mail: kiebitz@spd-metelen.de; Satz & Gestaltung: Johannes Schwall, www.schwall.de; Druck: www.diedruckerei.de, Neustadt a. d. Aisch; Auflage: 2.500

das ganze Team:

WWW.SPD-MELEN.DE

WAS SIND GEMEINSCHAFTSSCHULEN UND WIE SOLLTE DIE SCHULENTWICKLUNG IN METELEN WEITERGEHEN?

Gemeinschaftsschulen in NRW entstehen durch die Zusammenführung (mit unterschiedlichem Integrationsgrad) bestehender Schulen. Alle Schulformen des gegliederten Systems können sich daran beteiligen.

Zur Zeit haben sie keine Grundlage im gültigen Schulgesetz für das Land NRW. Daher können Gemeinschaftsschulen nur als Schulversuche (nach §25 SchulG) durch das Schulministerium zeitlich begrenzt genehmigt werden. Landesweit sind z. Zt. 17 Schulversuche genehmigt; zwei davon im Münsterland (in Ascheberg und Billerbeck).

Für die Errichtung einer Gemeinschaftsschule sind vier oder mehr parallele Züge wünschenswert. Mindestens erforderlich ist die Dreizügigkeit. Angesichts der eindeutig zu erwartenden Schülerzahlen ist dieser Schulversuch für Metelen nicht geeignet. Des weiteren kennt das derzeitige Schulgesetz im sog. „gegliederten“ System Hauptschulen und Realschulen (in der Sekundarstufe I) sowie unterschiedliche Förderschulen und Gymnasien (in der sog. „Langzeitform“ – Sekundarstufe I und II).

§83 des Schulgesetzes, wie es zur Zeit gilt, erlaubt organisatorische Zusammenschlüsse von Schulen (sog. „Verbundschulen“) und Teilstandorte (sog. „Dependancen“). Diese sind beschränkt auf den organisatorischen Zusammenschluss bestehender Haupt- und Realschulen oder einer bestehenden Hauptschule mit einer bestehenden Gesamtschule zu einer „Aufbauschule der Sekundarstufe I“. Gymnasiale Bildungsgänge bleiben außen vor. Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass das Schulgesetz weiterer Novellierung bedarf,

- um zu verhindern, dass aus den Gemeinschaftsschulen (als Schulversuche) eine weitere, sechste Schulform (der Sekundarstufe I) wird;
- um gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis Klasse 10

zu ermöglichen;

- um auch in kleineren Orten unter 10.000 Einwohnern wie in Metelen eine weiterführende Schule „gemeinsam, ganztags und vor Ort“ mit qualitativem Profil zu erhalten bzw. zu entwickeln;
- um weitergehende Kooperationen und Zusammenschlüsse (z. B. einer Grundschule und einer Sek.-I-Schule zu einem Schulzentrum und/oder schulträgerübergreifend) zu ermöglichen;
- um Schulen zu schaffen, die alle Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten nach fördern und damit das Gebot der Inklusion, wie es rechtsverbindlich in der UN-Behindertenrechtskonvention beschrieben ist, realisieren.

Diese Maßnahmen (Rahmenbedingungen) erlauben dann auch auf Dauer,

- das Ausleseverfahren am Ende der Klasse 4 ganz abzuschaffen;
- das sog. „Abschulen“ leistungsschwacher oder „ungeeigneter“ Schülerinnen und Schüler überflüssig zu machen;
- das sog. „Sitzenbleiben“ (die Nichtversetzung) aufzuheben;
- den verbindlichen Ganztags einzuführen; dies ermöglicht nicht nur lernpsychologisch sinnvolle Lernprozesse, sondern auch die Abschaffung der (leidvollen) Hausaufgaben.

Für uns in Metelen bedeutet das: um längeres gemeinsames Lernen über die Klasse 4 der jetzigen Grundschule hinaus im Ort zu ermöglichen, muss mit dem Schulzentrum in Ochtrup, das idealerweise eine bisherige Hauptschule, eine Realschule und ein Gymnasium umfasst, zusammengearbeitet werden.



Schüler und Eltern in Metelen haben ein dreifaches Interesse:

- gemeinsames, qualitätsvolles Lernen im Ort über die bisherige Grundschule hinaus, ohne problematisches Aussortieren und ohne stressige und überflüssige Fahrzeiten;
- alle Abschlüsse der Sekundarstufe I (nach Klasse 10) und der Sekundarstufe II (von der Berufsausbildung am Berufskolleg – davon gibt es zwei in Burgsteinfurt – bis zu allgemeinen Hochschulreife) erlangen zu können;
- intensiv gefördert und beraten zu werden, so dass sich alle privaten Nachhilfen, die sich nur wenige Eltern leisten können, erübrigen.

In diesem Sinn wird der vom Gemeinderat einstimmig eingesetzte und von unserem Bürgermeister Helmut Brüning geleitete Arbeitskreis im nächsten Monat die Gespräche mit der Stadt Ochtrup aufnehmen. Die Metelener SPD wird über ihre Vertreter im Kreistag und auf Landesebene darauf drängen, das Schulgesetz so zu novellieren, dass auch in Metelen länger gemeinsam gelernt werden kann und das Aussortieren nach Klasse 4 entfällt.

BÜRGERBUS ROLLT AN

Das Bürgerbusprojekt geht voran. Das berichteten in der letzten Fraktionssitzung der Metelener SPD die Initiatoren des Projektes Wolfgang Ransmann und Raymond Schlieben. Nachdem man Gespräche mit dem regionalen Verkehrsverbund geführt habe, kristallisiert sich nun auch ein Favorit für die Streckenführung heraus. So könnte der Bus von Metelen nach Schöppingen und dort das Hallenbad und den Schnellbus anfahren. Zurück über Metelen vorbei an der neuen Seniorenresidenz ginge es dann nach Wettringen, wo die Möglichkeit der Weiterfahrt nach Rheine und ebenfalls das Hallenbad genutzt werden kann.

Am 30. März soll dazu eine Informationsveranstaltung in der Gaststätte Elling stattfinden, bei der auch über die Gründung eines Vereines beschlossen werden soll. „Wir sind aber darauf angewiesen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich an dem Projekt beteiligen und hoffen auf eine rege Teilnahme an diesem Abend“, so Wolfgang Ransmann. Wichtig sei nun auch, dass aus der SPD-Initiative kein parteipolitischer Zankapfel werde, sondern dass es hier um eine Bürgereinrichtung geht. Daher sei man bewusst auch auf die CDU zugegangen und habe diese als Mitstreiter ins Boot geholt.

Haben Sie Anregungen, Fragen? Möchten Sie Kritik loswerden? Oder möchten Sie in einem starken Team mitmachen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung ...

Jürgen Schmitter, Neustraße 19,
Tel. 7210, juergen.schmitter@spd-metelen.de
Andreas Sievert, Kolklandstraße 3,
Tel. 997940, andreassievert@gmx.de
Jürgen Pohlmann, Ochtruper Damm 22,
Tel. 98774, juergen@hermes-pohlmann.de



Wolfgang Ransman (links) und Raymond Schlieben (rechts) mit Andreas Sievert bei der Vorstellung der Bürgerbus-Idee

immer aktuell:

WWW.SPD-METELEN.DE

INTERVIEW MIT DEM WIEDERGEWÄHLTEN SPD-VORSITZENDEN DR. JÜRGEN SCHMITTER



Dr. Jürgen Schmitter, Metelens SPD-Vorsitzender

Herzlichen Glückwunsch zu deiner einstimmigen Wiederwahl zum Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Metelen. Was hat dich dazu veranlasst, wieder anzutreten?

Mich politisch zu engagieren, macht mir Spaß – und das in dem Ort und der Region, in der ich seit über dreißig Jahren lebe. Als Vorsitzender kann ich meine langjährigen Erfahrungen vor Ort, im Münsterland und auf Landesebene umsetzen.

Was macht der Vorsitzende eines Ortsvereins eigentlich?

Er freut sich, dass bis zu einem Drittel der 66 Mitglieder des Ortsvereins aktiv sind. Diese Aktivitäten koordiniert und unterstützt er. Und er hält Kontakt zum Unterbezirk, zur Region Westfalen und zur Landesebene.

Wo siehst du in den nächsten Jahren die größten Herausforderungen?

Wir Alten, die bald 70 Jahre alt werden, müssen mit dafür sorgen, dass wir „überflüssig“ werden. Positiv gesprochen: Junge Bürgerinnen und Bürger müssen fürs Ehrenamt und für die politische Verantwortung gewonnen werden. Sonst geht die Demokratie vor die Hunde. Denn die Demokratie lebt nicht von den sogenannten „Politprofis“. Wie die sich medial inszenieren, schreckt mich eher ab. Berufliche Erfahrung, nüchternes Argumentieren, Kompromissbereitschaft und leidenschaftliches Engagement für die Interessen der Mitbürgerinnen und Mitbürger – das sind für mich die Grundlagen politischen Handelns.

Was antwortest du einer Metelenerin, einem Metelener, der es für sinnlos erachtet, sich politisch zu betätigen?

Ich höre zu, um ihre/seine Gründe zu erfahren. Ich versuche, ihr/ihm die Resignation zu nehmen. Ich mache ihr/ihm klar, dass seine Kritik wirkungslos bleibt, wenn sie/er nicht aktiv wird, und zwar sehr konkret. Stammtisch-Palaver ist mir zuwider.

Neben deiner Funktion als Vorsitzender bist du auch Mitglied im Gemeinderat und im Kreistag. Was sind deine politischen Schwerpunkte für die nächsten Jahre?

Wie schon vorhin gesagt, ich bin jetzt 68 Jahre alt und arbeite daran, „überflüssig“ zu werden. Meine politischen Schwerpunkte bleiben die Schulentwicklung im Kreis Steinfurt mit 24 sehr unterschiedlich großen Gemeinden und unterschiedlichen Schullandschaften und die Berufsbildung (mit 6 Berufskollegs im Kreis). Weiterhin berate ich als „Seniolexperte“ zwei Berufskollegs in Dorsten und Oberhausen und den DGB in Düsseldorf.

Hat sich etwas verändert, seitdem du mit einer Ministerin (Angelica Schwall-Düren) unter einem Dach lebst?

Unsere beiden Familien (Schmitter-Wallenhorst und Schwall-Düren) leben seit über dreißig Jahren zusammen auf der Neustraße und in dieser Großfamilie sind unsere Kinder erwachsen geworden. Das prägt – und daran ändert auch ein Ministeramt auf Zeit nichts.

Was macht Jürgen Schmitter außerhalb der politischen Arbeit?

Ich kann meine Arbeit nicht eindeutig in verschiedene Schubladen einordnen. So bin ich weiterhin Vorsitzender des Initiativkreises für Kinder und Jugendliche, der die offene Ganztagsgrundschule und die Spielgruppe organisiert. Und ich entwickle im Rahmen des Heimatvereins einen Schwerpunkt „Regionalgeschichte des westlichen Münsterlandes“. In diesem Zusammenhang leite ich mit anderen den LEADER-Arbeitskreis: Kulturraum Scopingau und lese dazu die entsprechenden Bücher.

Zum Schluss noch einmal zurück zu deinem Engagement im Bereich der Schulpolitik. Welche Chancen hat die Droste-Hülshoff-Schule?

Ich bin kein Prophet. Aber ich habe einen konkreten Tagtraum: in zehn Jahren hat Metelen ein Schulzentrum, bestehend aus der ehemaligen Grundschule und der DHS, in dem unsere Kinder und Jugendlichen gemeinsam, sogar bis Klasse 10 lernen können – und dann sehr gut vorbereitet sind, auf eine qualifizierte Berufsausbildung oder/und auf die Vorbereitung zu einem Studium an der Fachhoch- oder Hochschule. An der Verwirklichung dieses Tagtraumes arbeite ich.

das ganze Team:

WWW.SPD-MELEN.DE

POLITISCH ENGAGIEREN?

Stuttgart 21, Widerstand gegen Atomtransporte, Widerstand gegen Endlager – 2010 war ein Jahr des Widerstandes. Ein Jahr des Widerstandes gegen Großprojekte der Politik. Aber warum dieser Widerstand gegen Projekte, die von demokratisch legitimierten, sprich gewählten, Politikern entschieden und auf den Weg gebracht wurden?

Weil die Politik und die Wirtschaft die Menschen, die Wähler, die Bürger nicht mitgenommen hat – nicht mitgenommen auf dem Weg in die Projekte. Dies liegt sicherlich auch daran, dass viele Projekte auch zur Profilierung ihrer Macher dienen. Es liegt auch, zu einem großen Teil, an den bürokratischen Verfahrensbeteiligungen der Bürger. Zwar müssen heute Pläne, Auswirkungen und Studien ausgelegt werden, aber reicht das?

Nein, das reicht nicht. Wer versteht schon alle Expertisen, Gutachten und gesetzlichen Vorgaben? Kaum jemand! Was also tun?

Hier ist die Politik gefordert. Schon in der Findungsphase von Projekten müssen alle Betroffenen beteiligt werden. Aber leider können die Politiker dies nicht alleine leisten. Hier müssen auch die Betroffenen mitmachen. Aber wie?

Man muss nicht gleich in eine Partei eintreten, aber man kann „seinen“ Politiker ansprechen, man kann „seinen“ Politiker unterstützen. Jeder Betroffene kann sich einbringen, seine Meinung äußern und vor allem seine Ideen einbringen. Wir brauchen solche Menschen

Deshalb brauchen wir Sie und Sie – als, um es pathetisch auszudrücken, „Volkes Stimme“!

Wir als Metelener SPD bieten Ihnen diese Möglichkeit, Ihrer Meinung eine Stimme zu verleihen, schon lange. Unsere Sitzungen sind öffentlich. Wir laden Sie ein, Ihren (Sach-)Verstand einzubringen und uns zu helfen, noch mehr und noch bessere Politik für Sie und für Metelen zu machen.

Sprechen Sie Ihre Ratsvertreter der SPD an, kommen Sie zu unseren Sitzungen! Wir freuen uns auf Sie!

METELENER SPD SETZT SPARVORSCHLAG DURCH

212.000 € wurden für die Sanierung der Friedhofskapelle/Leichenhalle im Haushaltsplanentwurf für 2011 ange-setzt. Die vorläufige Kostenaufstellung setzte sich wie folgt zusammen:

<i>Baustelleneinrichtung, Rückbaumaßnahmen</i>	11.420,00 €
<i>Türen-, Fliesen-, Maler- und Putzarbeiten</i>	43.675,00 €
<i>Dach</i>	57.000,00 €
<i>Reinigung</i>	3.250,00 €
<i>Heizung, Lüftung</i>	6.300,00 €
<i>Sanitär</i>	2.450,00 €
<i>Elektro, Beleuchtung, Blitzschutz</i>	7.050,00 €
<i>Kältetechnik</i>	10.050,00 €
<i>Krananlage</i>	2.150,00 €
<i>Sonstiges (Hauswasserpumpe, Feuerlöscher)</i>	2.100,00 €
<i>Ausstattung (Lautsprecher, Möblierung, Waschtische)</i>	12.150,00 €
<i>Baunebenkosten</i>	20.000,00 €
<i>Umsatzsteuer</i>	33.743,05 €
veranschlagte Gesamtsumme	211.338,05 €

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde dieser Ansatz auf maximal 180.000 € gesenkt. Helene Janning, die im Arbeitskreis Friedhof als Vertreterin der Metelener SPD mitgearbeitet hat, hält eine Sanierung für dringend erforderlich. Allerdings sei dabei aber das Wünschenswerte von dem Notwendigen zu trennen.

immer aktuell:

WWW.SPD-METELEN.DE

REVISION DES KINDERBILDUNGSGESETZES

Mit dem Kinderbildungsgesetz, kurz Kibiz, sollte die Förderung und Bildung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Leider zeigt sich bei der jetzt anstehenden Überprüfung des im Jahre 2007 verabschiedeten Gesetzes, wie ein guter Voratz miserabel umgesetzt wird. Von Bildung nach Kasenslage ist die Rede und viele Eltern und viele Beschäftigte in den Kindertagesstätten sind ratlos und verärgert.

Daher hat sich die neue Landesregierung zum Ziel gesetzt, die Mängel in diesem Gesetz zu beseitigen. Auf Einladung der Vereinigung der SPD-Kommunalpolitiker im Kreis Steinfurt (SGK) berichtete Wolfgang Jörg, der Sprecher für Kinder und Familie der SPD-Landtagsfraktion, in Emsdetten über die geplanten Schritte zur Revision des Kibiz.

Wichtig sei, „Betroffene zu Beteiligten“ zu machen, so Jörg. Dazu wurden insgesamt 11.500 Eltern und 3.500 Einrichtungen zu ihren Wünschen und Anregungen befragt. Als Ergebnis der Evaluierung zeigte sich eine deutliche Unterfinanzierung des Systems und erhebliche Defizite bei der personellen Ausstattung. Viele MitarbeiterInnen in den Einrichtungen klagten über zu wenig Zeit für die pädagogische Arbeit.

Um diese Missstände zu beseitigen, sieht die Revision des Kibiz im ersten Schritt die folgenden Punkte vor:

- Schrittweise sollen die Kindergartenjahre beitragsfrei gestellt werden. Begonnen wird noch in diesem Jahr mit dem letzten Kindergartenjahr vor der Schule. Schon jetzt ist in einigen reichen Städten die Betreuung in den Kindergärten beitragsfrei gestellt, was zu einer wachsenden Ungerechtigkeit führt. Nach einer Studie des WDR liegen die Höchstbeiträge für die Betreuung Unter-Drei-Jähriger je nach Kommune zwischen 235 Euro und 1.085 Euro pro Monat.
- Schaffung von Perspektiven für KinderpflegerInnen: Bisher konnten nur Erzieherinnen in der Betreuung von Unter-Drei-Jährigen eingesetzt werden. Obwohl Kinderpflegerinnen gerade bei dieser Arbeit besonders gute Voraussetzungen mitbringen, wurden diese durch das Kibiz-Gesetz von diesen Aufgaben ausgeschlossen. Diese widersinnige Maßnahme soll nun rückgängig gemacht und zusätzliche Kinderpflegerinnen eingesetzt werden.
- Sprachtests sollen wieder von den Erzieherinnen mit professioneller Unterstützung durchgeführt werden, weil diese die Kinder am besten kennen und dann die Sprachstandserhebung nicht mehr von einer eher zufälligen Tagesform abhängt.
- Elternbeteiligung soll gestärkt werden. So sollen die Eltern bei den pädagogischen Konzeptionen, der räumlichen und sächlichen Ausstattung, den Öffnungszeiten usw. mitentscheiden dürfen.

- Zudem sollen 1.000 Plätze für Berufspraktikanten geschaffen werden, um die Ausbildung für dringend benötigte ErzieherInnen abzusichern. Denn diese Praktika sind für die Ausbildung der ErzieherInnen Voraussetzung.
 - Durch den Abbau von Bürokratie soll den Fachkräften mehr Zeit für die pädagogische Arbeit bleiben.
- Dass Investitionen in Bildung nicht nur aus gesellschaftlichen Gründen zwingend notwendig sind, sondern sich auch dauerhaft rechnen, machte Wolfgang Jörg an einigen Zahlen deutlich: Wir geben derzeit 2 % unserer Mittel für die präventive Arbeit und 98 % für die Folgen verfehlter Kinder- und Jugendpolitik aus. Eine andere Zahl: Durchschnittlich 1 Millionen Euro muss der Staat für einen Menschen vom 15. bis zu seinem 40. Lebensjahr aufwenden, der ohne Schulabschluss keine Perspektive auf ein Berufsleben hat.

ENDLICH: SANIERUNG DER WIRTSCHAFTSWEGE KANN BEGINNEN!

Mit dem Haushalt 2011 ist auch der Einstieg in die Sanierung der Wirtschaftswege geschafft. Jährlich 100.000 Euro stellt die Gemeinde für diese Maßnahmen zur Verfügung. In einem Arbeitskreis von Landwirten, Verwaltung und Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen wird zudem festgelegt, wie sich die Anlieger an der Umsetzung der Baumaßnahmen beteiligen. Für kurzfristige Instandhaltungsmaßnahmen zur Behebung der durch den harten Winter verursachten Schäden wurde der Ansatz für 2011 auf Basis einer Erhebung des Bauamtes um 10.000 Euro auf nun 30.000 Euro erhöht. Ein Antrag der CDU, noch weitere 25.000 Euro für die Reparatur von Wirtschaftswegen zu verwenden, fand dagegen keine Mehrheit. Für die SPD machte Dr. Ulrich Klisa im Rat auch deutlich, warum dies kein sinnvoller Weg ist: „Instandhaltung bedeutet kurzfristiges Flicken. Die Winterschäden müssen beseitigt werden, um teure Folgeschäden zu vermeiden. Dafür stellen wir 30.000 Euro bereit. Darüber hinaus brauchen wir aber eine nachhaltige Sanierung, die langfristig trägt. Daher sollten die weiteren 25.000 Euro besser für eine Sanierung eingesetzt werden.“